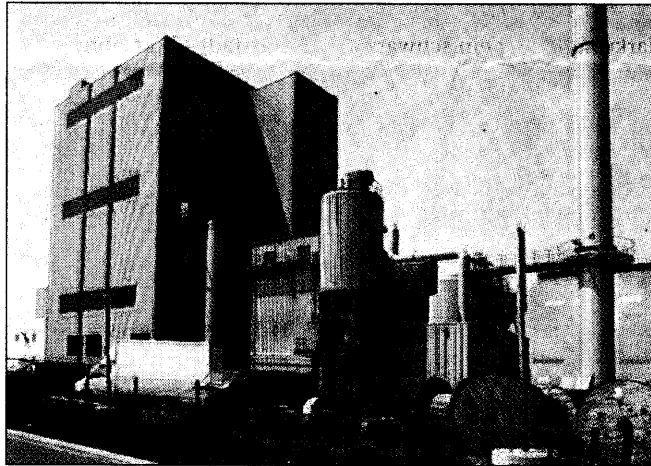


# Biomasse-Kraftwerk geht heißer als geplant ans Netz

Bergkamen. „Die Interessengemeinschaft Bürger und Umwelt“ (IGBU) hat sich in ihrem Kampf gegen das Biomasse-Heizkraftwerk des Dortmunder Unternehmens Harpen zumindest in einem Teilbereich durchsetzen können. Das Oberverwaltungsgericht Münster hob eine der Sondergenehmigungen für das Kraftwerk auf. Dennoch soll es laut einem Sprecher von Harpen ganz planmäßig ans Netz gehen.

Die Genehmigung betrifft die Temperatur, mit der das Kraftwerk betrieben werden soll. Die muss grundsätzlich bei 850 Grad Celsius liegen, bei Verbrennungen dieser Art ist aber die Herabsetzung auf 750 Grad gängig. Harpen hatte von der Bezirksregierung Arnsberg gar die Genehmigung bekommen, die Temperatur auf 600 Grad zu senken. Aus Sicht des Unternehmens wäre dies aufgrund der Besonderheiten der Anlage möglich ge-



Geht pünktlich, aber mit höherer Arbeitstemperatur ans Netz: das Biomasse-Kraftwerk. (Foto: Iris-Medien)

wesen, ohne dass zusätzliche Schadstoffe freigesetzt worden wären; die Bezirksregierung teilte diese Ansicht.

Hier machte das Gericht jetzt einen Strich durch die Rechnung, das Kraftwerk muss mit 750 Grad betrieben werden. Harpen verzichtete auf weitere Rechtsmittel und

nahm das Urteil an. Laut Pressesprecher Heinz Vinkenflügel habe die „Präzisierung der Betriebsbedingungen“ durch das Oberverwaltungsgericht auch keine wesentlichen Folgen. Lediglich die Programmierung der Anlage müsse angepasst werden, und das sei wenig aufwändig. Auf die

Wirtschaftlichkeit des Biomassekraftwerks hätten diese Änderungen nur einen unwesentlichen Einfluss.

Gerhard Helms von der Interessengemeinschaft hat das Urteil gestern im Gespräch mit unserer Zeitung begrüßt, da mit der höheren Temperatur weniger Schadstoffe freigesetzt würden. Ganz zufrieden sei er allerdings nicht. Zur Erinnerung: Die Initiative wollte die Inbetriebnahme des Kraftwerkes ursprünglich komplett verhindern. Helms fühlt sich von der Stadt ignoriert, die aus seiner Sicht mehr gegen das Kraftwerk hätte tun können. Weitere gerichtliche Schritte will die Initiative laut Helms vorerst nicht einleiten. Insbesondere die Veränderungen bei Verkehrsbelastung durch Anlieferverkehr und Schadstoffentwicklung werde man aber beobachten. Auch für die Einrichtung einer Schadstoff-Messstation in Windrichtung des Kraftwerks wolle man einsetzen.